
Erklärung von Lüttich über die neue europäische Politik für Gesundheit und Wohlbefinden „Gesundheit 2020“

Erste Beratungstagung mit Kommunalpolitikern zum Thema „Gesundheit 2020“ in Lüttich, mit 322 Teilnehmern aus 30 europäischen Ländern und 95 Städten

Wir, die Bürgermeister und führenden politischen Vertreter von Städten der Europäischen Region der WHO, vom 15. bis 18. Juni 2011 in Lüttich versammelt zur jährlichen Geschäfts- und Fachkonferenz des europäischen Gesunde-Städte-Netzwerks der WHO und des Verbunds nationaler Gesunde-Städte-Netzwerke:

erkennen die komplexe und sich rasch wandelnde Reihe von globalen, regionalen und nationalen Kräften wie die wirtschaftliche Rezession, den Klimawandel, die Urbanisierung, Armut, unsere alternden Bevölkerungen und Migration sowie Entwicklungen in Technik und Kommunikation, die die gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Landschaft unserer Städte rasch umgestalten und uns in unserem gemeinsamen Streben nach Gesundheit und Wohlbefinden neue Möglichkeiten bieten, aber auch vor neue Herausforderungen stellen;

begrüßen die kühne und zur rechten Zeit kommende Initiative des WHO-Regionalbüros für Europa, die Entwicklung einer neuen gemeinsamen europäischen Politik für Gesundheit und Wohlbefinden, „Gesundheit 2020“, zu beschleunigen und zu fördern, die unsere individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit für Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit in der Europäischen Region, auf nationaler und kommunaler Ebene bündeln, aufeinander ausrichten und stärken kann;

begrüßen, dass das Schwergewicht der Politik auf der Lösung praktischer Probleme liegt, und zwar auf der Grundlage von Werten, Evidenz und Stärken, dass sie die gesamte Regierungsarbeit umfassenden und gesamtgesellschaftlichen Ansätzen verpflichtet ist, dass sie stark auf Gesundheit als Menschenrecht, auf das Recht zur Teilhabe und auf Transparenz der Entscheidungsfindung ausgerichtet ist und wirksame und effiziente Wege aufzeigt, die sich unseren Städten stellenden gesundheitlichen Herausforderungen anzugehen, d. h. die sozialen Determinanten von Gesundheit, Ungleichheiten im sozialen Gefälle, die Epidemie der nichtübertragbaren Krankheiten, psychische Gesundheit und Verletzungen. Die Festlegung gemeinsamer Ziele gibt uns entscheidend wichtige Instrumente für die Begleitüberwachung und verantwortliche Rechenschaftslegung an die Hand.

Empfehlungen

Aufbauend auf dem Wissen und den Erfahrungen, die wir auf kommunaler Regierungsebene hinsichtlich der Bedürfnisse, der Stärken und der täglichen, Gesundheit und Wohlbefinden unserer Bevölkerungen betreffenden Herausforderungen gewonnen haben, sowie auf unseren umfassenden intersektoralen Erfahrungen hinsichtlich der Entwicklung und Umsetzung von städtischen Gesundheitsplänen, **empfehlen** wir, im Prozess und in der Politik „Gesundheit 2020“:

- die Schlüsselrolle der kommunalen Regierungsebene und die Bedeutung der Leistungserbringung auf kommunaler Ebene sowie der Ermittlung von Problemen der öffentlichen Gesundheit, die sich am besten vor Ort lösen lassen, **ausdrücklich anzuerkennen**;
- aktive Partnerschaften mit kommunalen Regierungen, nichtstaatlichen Organisationen, höheren Lehranstalten und der Wirtschaft **zu fördern**;
- die Notwendigkeit eines parteiübergreifenden Konsens und der Unterstützung für gesundheitspolitische Konzepte **zu betonen**;
- konkrete Instrumente **bereitzustellen**, um eine wirksame gesundheitspolitische Regierungsarbeit, gesundheitliche Folgenabschätzung, Transparenz, intersektorales Arbeiten und verantwortliche Rechenschaftslegung fördern zu können;
- die Leistungsfähigkeit und das fachlich fundierte Wissen kommunaler Politiker **zu stärken**, damit die Teilhabe und Selbstbestimmtheit der Bürger und die Berücksichtigung der Bedürfnisse schwacher Gruppen gefördert werden;
- Anleitung für die Förderung einer sozial verantwortlichen Wirtschaft **zu liefern**;
- Forschungsarbeiten zu gesundheitlichen Auswirkungen sowie gut fundierte wirtschaftliche Analysen verschiedener Modelle und Interventionsmöglichkeiten nationaler Unterstützung für die Lokalpolitik, die auf eine Dezentralisierung von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten für Gesundheit und Wohlbefinden abzielen, **zu beschleunigen**;
- Probleme der nachhaltigen Entwicklung, der Migration, des Alterns, der kulturellen und ethnischen Vielfalt, der biologischen Artenvielfalt und des Klimawandels unter städtischen und ländlichen Gegebenheiten **anzugehen**;
- durch laufende aktive Beratung mit Städten der gesamten Europäischen Region die Relevanz, Umsetzung und Anpassungsfähigkeit von Grundsatzempfehlungen für alle Teile der Region **sicherzustellen**;
- „Gesundheit 2020“ so **abzufassen**, dass sie ein breites europäisches Zielpublikum, einschließlich der Jugend, deutlich, einfach und anregend anspricht;
- **anzuerkennen**, dass Gesunde-Städte-Netzwerke wirksame Vermittler für die Umsetzung der Politik „Gesundheit 2020“ sein können.

Verpflichtung

Dieses neue gemeinsame gesundheitspolitische Rahmenkonzept schafft eine frische, dynamische und anregende Plattform für die verstärkte Einflussnahme und -wirkung besser koordinierter und zielgerichtet arbeitender Gesundheitsfachkräfte und -wissenschaftler. Dies ist unsere Stunde! Deshalb verpflichten wir uns, als **aktive Partner** an der Entwicklung und am Beratungsprozess teilzunehmen, als **Prüfstand** neuer Gedanken zu fungieren, eine Wissensquelle an der Basis zu sein, Fallstudien vor Ort zu unterstützen und aktiv für unsere gemeinsamen gesundheitlichen Zukunftsvisionen und Ziele einzutreten.

Dieses Dokument wird der WHO im Namen der führenden Kommunalpolitiker der Teilnehmerstädte von Georges Pire, dem politischen Leiter des Gesundheitswesens der Provinz Lüttich, unterbreitet.

18. Juni 2011

.....